

„Das Vaterland ist in Gefahr“

Protest gegen Verhandlungen mit IWF am Nationalfeiertag

Buenos Aires (dpa/mc) - Zehntausende Argentinier haben unter dem Motto „Das Vaterland ist in Gefahr“ gegen die aktuellen Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) protestiert. Gewerkschaften, Anhänger der Ex-Staatschefin Cristina Fernández de Kirchner und weitere linksgerichtete Parteien hatten zu der Kundgebung am vorigen Freitag zum Jahrestag der



Der Protest am Obelisken.

Mairevolution in Buenos Aires aufgerufen. Das Gedenken an das historische Geschehen vom 25. Mai 1810 spielte nur eine Nebenrolle. Stattdessen überwog die Kritik an der aktuellen Politik der Staatsführung.

„Wir lehnen die Vereinbarungen der Regierung mit dem IWF und die Abhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Großmächten ab“, hieß es in einem gemeinsamen Dokument der Organisatoren, das die Schauspieler Osmar Núñez und Paloa Barrientos vorlasen. Sie sprachen sich gegen Freihandelsabkommen, schrankenlose Importe und eine „Politik zur Förderung wirtschaftlicher Konzentration in den Händen weniger

multinationaler Konzerne“ aus.

In dem Dokument wurden zudem die Gebührenerhöhung für die Dienstleistungen öffentlicher Aufgabenträger, mangelnde Investitionen in Bildung und Ausbildung sowie die im Dezember erfolgten Rentenkürzungen angeprangert.

Die Veranstalter sprachen sich des Weiteren gegen Hafterleichterungen für verurteilte Schergen der

Militärdiktatur aus: „Wir betonen einmal mehr, dass der einzige Ort für Massenmörder das normale Gefängnis ist.“ Die Gedenkkultur, die man in 40 Jahren erkämpft habe, sei auf jeden Fall zu verteidigen.

Unter den Teilnehmern befanden sich auch die Menschenrechtsorganisationen der Mütter und der Großmütter der Plaza de Mayo. Letztere wurde jüngst von der Deputiertenkammer für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen (wir berichteten).

Hugo Yaski, der Generalsekretär der Gewerkschaft

► Inhalt

Klicken Sie bitte auf den Titel des gewünschten Artikels oder die gewünschte Rubrik

Argentinien

- Gegen Armut und Abtreibung.....3
- Die Woche in Argentinien.....4

Meinung

- Die Kundgebung vom 25. Mai.....5
- Im Blickfeld:
- Sperrklausel6
- Randglossen7

Wirtschaft

- Die neue Kontrolle der Rindfleischwirtschaft8
- Argentinien9
- Lateinamerika13
- Geschäftsnachrichten.....14

Wirtschaftsübersicht

- Das kritische Zahlungsbilanzproblem16
- Die perfekte Rezession18

CTA, erklärte: „Der IWF ist immer noch so wie vor 20 Jahren, aber das Volk ist jetzt ein anderes. Die politischen Maßnahmen, die in den Neunziger Jahren eingesetzt wurden, haben einen Bezug zu denen, die heute angewandt werden.“ Dem IWF wird von vielen Argentinern eine Mitschuld an der Staatspleite 2001 gegeben. Néstor Kirchner, der anderthalb Jahre später das Präsidentenamt übernahm, brach die Beziehungen zum IWF ab und stellte den Schuldendienst ein.

Nun hat indes Präsident Mauricio Macri beim IWF eine flexible Kreditlinie von mindestens 30 Milliarden

Dollar angefordert, nachdem der Peso rund 20 Prozent seines Wertes in Bezug auf den Dollar verloren hatte. Die Zentralbank büßte dabei knapp zehn Milliarden Dollar ein, rund 15 Prozent ihrer Devisenreserven.

Argentinien ist stark von Auslandsanleihen abhängig, um das hohe Haushaltsdefizit von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (2017) zu decken. Nach Medienangaben fordert der IWF eine drastische Senkung des Defizits als Gegenleistung für die Gewährung der Kreditlinie.

IMPRESSUM

Argentinisches Tageblatt

- ▶ Verlag und Verwaltung: Ciudad de La Paz 1410 C 1426 AHB Buenos Aires
- ▶ Telefon/Fax: (5411) 4782-5104 / 4785-0227 / 4780-4353
- ▶ Internet: www.tageblatt.com.ar
- ▶ E-Mail: info@tageblatt.com.ar
atda@tageblatt.com.ar (Digitale Ausgabe)
vereine@fibertel.com.ar (Gemeinschaften)
atpublicidad@fibertel.com.ar (Anzeigenabteilung)
atsuscripciones@fibertel.com.ar (Abonnements)

Folgen Sie uns auf Twitter!

@ATdeBuenosAires

Redacción y Administración:

Ciudad de La Paz 1410 - C 1426 AHB, Buenos Aires

Propiedad de: ALEMANN S.R.L.

Director: Dr. Roberto T. Alemann

Reg. Nacional de la Propiedad Intelectual: N° 5.346.916

„...mit echtem Freisinn und unerschütterlicher Überzeugungstreue die Deutschsprechenden im Lande den Weg des Fortschritts und der Freiheitsliebe zu führen“

Argentinisches Tageblatt, Nr. 1 (29. April 1889)



**Medienpreis
Dialog für
Deutschland
2012**



**Swiss
Award 2013**

Gegen Armut und Abtreibung

Erzbischof Poli mahnt beim Te Deum zum Nationalfeiertag

Buenos Aires (AT/mc) - Mit Ausführungen zur sozialen Ungleichheit und zur Abtreibungsdebatte hat der Erzbischof von Buenos Aires, Mario Poli, beim traditionellen Te Deum zum Jahrestag der Mairevolution mit kritischen Worten nicht gespart. „Die Gleichgültigkeit und der Egoismus der Reichen gegenüber den Armen bleiben nicht unbemerkt von den Augen des Herrn“, formulierte der Geistliche bei dem Lobgottesdienst in der Kathedrale von Buenos

Aires, dem Staatspräsident Mauricio Macri und weitere Mitglieder der Staatsspitze beiwohnten.

Poli verwandte für seine Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen die biblische Darstellung des reichen Zolleintreibers Zachäus aus dem Lukas-Evangelium. Dieser ändert nach seiner Begegnung mit Jesus sein bisheriges Leben und gelobte, die Hälfte seines Besitzes an die Armen zu geben sowie geraubtes Gut vierfach zu erstatten.

Poli nutzte die Gelegenheit, die ablehnende Haltung der Kirche gegenüber der Gesetzesinitiative zur Legalisierung der Abtreibung deutlich zu machen: „Die Verteidigung des unschuldigen Lebens, das noch nicht geboren wurde, muss klar, fest und leidenschaftlich sein. Denn hier geht es um die Würde des menschlichen Lebens, was immer heilig ist“, argumentierte der Geistliche angesichts des Projektes, über das am 13. Juni in der Deputiertenkammer abgestimmt werden soll. Poli erinnerte daran, dass



Erzbischof Mario Poli.

es die erste Aufgabe des Staates sei, seine Bewohner zu schützen. Das „Leben zu hüten vom Anfang bis zum Ende der Existenz“ mache eine Nation aus.

Seitens der Nationalregierung gab man sich gelassen angesichts der Predigt des Erzbischofs: „Das sind kluge Worte, die wir teilen und uns zu Herzen nehmen“, kommentierte Kabinettschef Marcos Peña. Schließlich sei es zentrale Zielsetzung der Regierung, Armut und Ungleichheit im Land zu reduzieren. Die kirchliche Botschaft sei in diesem Jahr moderater ausgefallen als in den Jahren zuvor, zitiert die Zeitung „Clarín“ aus Regierungskreisen.

Präsident Macri lud nach dem Gottesdienst zu einer Feier für ausgewählte Gäste in seine Residenz in Olivos ein. Dazu gab es das traditionelle Eintopfgericht Locro. Gleichzeitig formierte sich am Obelisken die Protestkundgebung.

Die Woche in Argentinien

Peña in Kuba

Die Nationalregierung will ihre Beziehungen zu Kuba neu definieren. Vor wenigen Tagen besuchte Kabinettschef Marcos Peña die sozialistische Karibikinsel, auf der seit wenigen Wochen mit Miguel Díaz-Canel ein neuer Präsident im Amt ist. Peña traf bei der Visite mit seinem kubanischen Amtskollegen Bruno Rodríguez und Ricardo Cabrisas Ruiz, dem Wirtschaftsminister des Gastgeberlandes, zusammen. Beide Seiten bekräftigten den Willen, den bilateralen Handel auszubauen, ohne jedoch Details öffentlich zu machen. Thema der Unterredungen war auch die Rückzahlung eines Milliardenkredits, den Argentinien in den frühen 70er Jahren der Insel gewährte und der nach heutigem Kurs rund 2 Milliarden Dollar beträgt. Kuba erklärte seine grundsätzliche Bereitschaft, die Schuld abzutragen. Angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten, die die Insel derzeit habe, sei eine Zahlung im Moment jedoch nicht möglich. Unterschiedliche Haltungen beider Länder wurden deutlich beim Blick auf Venezuela. Buenos Aires drängt auf eine Isolierung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro, der für Kuba einer der wichtigsten Verbündeten ist.

Neue Aufgaben fürs Militär

Präsident Mauricio Macri hat sich einmal mehr für neue Einsatzfelder des Militärs ausgesprochen. Anlässlich des Tages der Streitkräfte sagte der Staatschef am Dienstag: „Wir brauchen Streitkräfte, die sich den Notwendigkeiten des 21. Jahrhunderts anpassen und vorbereitet sind auf die Bedrohungen, die uns Sorge bereiten“, so Macri in der Militärschule El Palomar. Dabei geht es zum einen um Einsätze zum Schutz der Landesgrenzen, aber möglicherweise auch um Unterstützung von Sicherheitsorganen im Landesinneren. Der Präsident plädierte dafür, dass das Militär intensiv mit anderen staatlichen Aufgabenträgern zusammenarbeite: beispielsweise durch logistische Hilfe für die Sicherheitskräfte, um die Argentinier vor den gegenwärtigen Bedrohungen zu schützen. Zu diesen zählen der Drogenhandel und der Terrorismus. Um die Streitkräfte derart einzusetzen, bedarf es indes einer Gesetzesänderung.

Macri vs. CFK

Mit ungewöhnlich deutlichen Worten hat Präsident Mauricio Macri seine Amtsvorgängerin Cristina Fernández de Kirchner angegriffen: In einer Fernsehansprache forderte er am Montag den „vernünftigen Teil“ des peronistischen Lagers auf, sich nicht von den „Verrücktheiten Cristinas“ leiten zu lassen. Der Staatschef versuchte so, die Abstimmungsniederlage im Senat beim Streit um die Gebührenerhöhungen für öffentliche Dienste wie Strom,

Wasser und Gas abzuwenden. Macri sagte, die Zeit der „Verschwendung“ öffentlicher Gelder sei endgültig vorbei. Kirchner reagierte prompt auf Twitter. Eine Frau als verrückt darzustellen, sei Macho-Gehabe, meinte die Ex-Präsidentin. Zwischen Kirchner und Macri hatte schon in der Vergangenheit die Chemie nicht gestimmt. So war Cristina der Amtseinführung ihres Nachfolgers im Dezember 2015 demonstrativ ferngeblieben. Gegenwärtig hat Kirchner einen Posten als Senatorin für die Provinz Buenos Aires inne.

Skandal beim Filminstitut

Skandal beim nationalen Filminstitut INCAA: Wegen des Verdachts auf finanzielle Unregelmäßigkeiten ist der Funktionär Bernardo Bergeret am Montag für 30 Tage von seinem Posten enthoben worden. Während der Zeit muss Bergeret, der für die internationalen Angelegenheiten der Einrichtung zuständig ist, zudem mit der Hälfte seines Gehalts auskommen. Dies verfügte der INCCA-Präsident Ralph Haiek. Untersucht wird die Ausgabe von 6,4 Millionen Pesos im Zusammenhang mit einem Druckauftrag für Broschüren des Instituts. Vorausgegangen war eine anonyme Anzeige. Deren Tenor ist, dass die Werbematerialien nicht mehr als 500.000 Pesos gekostet hätten. Bergeret nahm zu den Vorwürfen im Detail nicht Stellung. Er erklärte jedoch, sich verteidigen zu wollen, sobald das Dienstaufsichtsverfahren begonnen habe.

Metrobus-Ausbau

Das Metrobus-Netz in der Provinz Buenos Aires wird weiter ausgebaut. Bis Ende nächsten Jahres sollen im Großraum der Hauptstadt fünf Strecken entstehen, auf denen es Fahrbahnen exklusiv für Busse gibt. Dies kündigten Präsident Mauricio Macri und Provinzgouverneurin María Eugenia Vidal vor wenigen Tagen an. Die längste neue Strecke entsteht auf der Ruta 4 zwischen der Avenida Don Bosco in La Matanza und der Provinzstraße 205 in Esteban Echeverría. Eine andere Metrobus-Strecke ist in San Martín auf der Ruta 8 zwischen der Kreuzung zur Ruta 4 und der Avenida Juan Domingo Perón geplant. Weitere Metrobus-Wege entstehen in Quilmes zwischen den Straßen Los Quilmes und Calchaquí sowie in Florencio Varela auf der Av. San Martín. Bereits im Bau befindet sich eine Metrobus-Linie auf der Av. Gaona in Morón. Die Kosten für die Neuplanungen werden mit 4,5 Milliarden Pesos veranschlagt, wovon die Nation 3,5 Mrd. und die Provinz 1 Mrd. Pesos übernehmen.

(AT/mc)

Die Kundgebung vom 25. Mai

Von Juan E. Alemann

Die extreme Opposition, die zum Teil aus Kirchneristen besteht, aber auch viele verkappte Kommunisten einschließt, hat den Tag, an dem der erste Teil der Unabhängigkeit des Landes gefeiert wird, für ihre schmutzigen politischen Zwecke missbraucht. An diesem Tag sollte die Einheit der Argentinier hervorgehoben und das Beispiel der Idealisten, die den 25. Mai 1810 konkret gestaltet haben, hervorgehoben werden. Statt dessen handelte es sich um einen Großangriff auf die Regierung, mit leeren Parolen, vielen üblen Beschimpfungen, und einer Verherrlichung der Terroristen, die Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts das Land in Brand gesetzt haben.

Es waren viele Menschen auf der Straße, mindestens 50.000. Wie viele davon freiwillig und ohne Belohnung kamen, weiß man nicht.

Die ganze Kirchner-Truppe war anwesend: Sohn Máximo, der Vorsitzende der Cámpora, Andrés Larroque, der langjährige Spezialist für Kundgebungen und Straßensperren, Luis D'Elía, der Gewerkschafter Pablo Moyano, der Vorsitzende einer Lehrgewerkschaft der Provinz Buenos Aires, Roberto Baradel, der ehemalige K-Beamte Martín Sabatella, der Leiter der abtrünnigen Gewerkschaftszentrale CTA, Hugo Yasky, die Vorsitzende der Mütter der Plaza de Mayo, Hebe de Bonafini, der ehemalige Arbeitsminister Carlos Tomada, und viele andere.

Die Veranstaltung fand unter dem Motto statt "Das Vaterland befindet sich in Gefahr". Das wurde mit den Verhandlungen über ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds in Beziehung gesetzt, was wirklich abwegig ist. In Wirklichkeit befand sich Argentinien mit der Politik von Cristina Kirchner in Gefahr, deren Fortsetzung über ein drittes Mandat oder über Daniel Scioli als Präsident, in eine Sackgasse führte, die bestimmt nicht viel anders als in Venezuela geendet hätte. Zum Glück scheiterte der Versuch der Verfassungsreform, der für eine

weitere Amtsperiode von Cristina notwendig gewesen wäre, und ebenfalls war es ein Glücksfall des Schicksals, dass Macri in zweiter Wahlrunde knapp siegen konnte.

Im Hintergrund der Massenkundgebung steht auch die miese Stimmung, die in letzter Zeit stark zugenommen hat, wegen anhaltend hoher Inflation, Tariferhöhungen und Reallohnverlust, Beschäftigungsproblemen und persönlicher Unsicherheit. Die meisten Menschen weigern sich, die Gegebenheiten der Realität einfach hinzunehmen oder mit der Politik der Kirchners in Beziehung zu bringen, die schließlich ganze zwölf Jahre regiert und eine komplizierte Erbschaft hinterlassen haben. Auch die Megakorruption der Kirchners ist für diese Leute kein Thema. Dennoch sollte man sich nicht täuschen: Die vielen Menschen auf der Straße sind ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung, und das große Theater vom letzten Freitag mag zwar zunächst Emotionen anregen, verhallt jedoch danach im Nichts.

Die effektive Politik geht an diesen Ereignissen vorbei. Im Parlament sind diese Radaubröder eine Minderheit, wobei sie sich dort auch anders verhalten. Die Gesellschaft ist im allgemeinen vernünftiger und ist sich bewusst, dass die Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten gewiss nicht so einfach ist, wie es die Straßenredner am 25. Mai dargestellt haben. Was auch nicht bedeutet, dass sie der Macri-Regierung zustimmen.

Der Peronismus, als Partei und auch als Volksbewegung, was er im Grunde ist, distanziert sich zunehmend vom Cristinismus und will auch mit Befürworten von Gewalt oder extremer linker Positionen nichts zu tun haben. Die justizialistischen Politiker, die in Wahlkategorien denken und hoffen, an die Regierung zu kommen, empfinden Cristina und ihre Bande als Störungsfaktor, und dabei haben sie gewiss Recht.

Im Blickfeld

Sperrklausel

Von Stefan Kuhn

Was für ein unnötiges Theater. In Deutschland stören sich einige Politiker der etablierten Parteien daran, dass es im Europaparlament im Gegensatz zum Bundestag bei Wahlen keine Sperrklausel gibt. Die Bundesregierung will sie deshalb für Europawahlen wieder einführen. Im Falle des deutschen Parlaments hat die Sperrklausel historische Gründe: Die Väter des Grundgesetzes wollten vermeiden, dass es im Bundestag eine ähnlich zersplitterte Parteienlandschaft gibt wie im Reichstag zu Weimarer Zeiten.

Das war durchaus sinnvoll, denn die in Deutschland geltende Fünfprozenthürde sorgte für stabile Verhältnisse in den Parlamenten. Sie galt schon bei den ersten Bundestagswahlen 1949, damals allerdings nur in den jeweiligen Bundesländern. Das führte dazu, dass im ersten Bundestag neun Parteien vertreten waren. Seit 1953 gilt die Sperrklausel bundesweit. Die Zahl der Parteien reduzierte sich zusehends. Von 1961 bis 1983 hatte die Bundesrepublik ein Dreiparteienparlament.

Heute ist die Fünfprozenthürde notwendiger denn je, denn inzwischen gibt es im deutschen Parlament sechs Fraktionen. Schon das erschwert die Regierungsbildung erheblich, zuletzt dauerte es fast fünf Monate bis die geschäftsführende Regierung abgelöst wurde.

Für das Europaparlament ist solch eine Sperrklausel unnötig. Bis 2009 galt in Deutschland bei Europawahlen zwar auch die Fünfprozenthürde, die dann auf drei Prozent reduziert werden sollte, aber das Bundesverfassungsgericht strich 2013 nach einer Klage von deutschen Kleinparteien die Sperrklausel vollständig. Das war ein sinnvolles Urteil, denn das Europäische Parlament hat keine Probleme bei der Regierungsbildung. Dieses Recht steht ihm nicht zu.

Dass die Bundesregierung jetzt eine europaweite Sperrklausel zwischen zwei und fünf Prozent einführen will, hat schon fast komische Züge. Zum einen agiert Berlin damit gegen ein Urteil des eigenen Obersten Gerichts, zum

anderen wäre es fast eine Lex Germanica, denn nur die großen EU-Länder wären von ihr theoretisch betroffen. Nach dem Brexit wären das bei einer Zweiprozenthürde nur noch Frankreich und Italien. In Polen und Spanien könnte solch eine Sperrklausel zwar auch noch Wirkung haben, denn beide Länder stellen 51 bzw. 54 Europaabgeordnete. Bisher brauchte man dort für einen Parlamentssitz nach dem reinen Verhältniswahlrecht 1,96 bzw. 1,85 Prozent der Stimmen. Die anderen Länder haben durch ihre geringe Zahl der Sitze im Europaparlament eine natürliche Sperrklausel. In Österreich etwa benötigt man einen Stimmenanteil von rund sechs Prozent für einen Sitz. Bei den letzten EP-Wahlen 2014 kamen die liberalen NEOs mit acht Prozent der Stimmen auf ein Mandat. Selbst eine Fünfprozenthürde würde bei 20 der künftig 27 EU-Staaten nicht greifen.

Für den beschwerlichen Weg zu mehr Europa wäre eine Sperrklausel ein Rückschritt. Im Europaparlament gibt es acht Fraktionen, die von Abgeordneten aus vielen Staaten gebildet werden. Bis auf zwei haben sich alle der 96 deutschen Parlamentarier einer Fraktion angeschlossen. Fraktionslos sind nur ein Satire-Politiker und ein Abgeordneter der NPD. Diese beiden und fünf weitere wären bei einer Zweiprozenthürde nicht im Europaparlament vertreten. Bei einer Fünfprozenthürde wäre auch die FDP (3,5%) nicht vertreten und die CSU (5,3%) gefährdet. Es ist ein Zeichen der Vielfalt, dass auch deutsche Kleinparteien im Europaparlament mitarbeiten, und es schadet nicht, wenn Rechtsradikale dort isoliert sind.

Sollte sich Deutschland wirklich durchsetzen, würde ein geändertes Wahlrecht erst bei den übernächsten Europawahlen 2024 greifen. Noch gibt es viel Widerstand. In der Europäischen Union gibt es wichtigere Dinge als die Einführung einer Sperrklausel. Sich dafür einzusetzen ist Ressourcenvergeudung und ein falsches Signal hinsichtlich einer dringend nötigen Erneuerung der EU.

Randglossen

Die meisten Länder in der Welt funktionieren mit je zwei Volksparteien oder Parteikoalitionen. Die derzeit in Argentinien regierende Koalition, genannt „Cambiamos“, der Präsident Mauricio Macri vorsteht, enthält im Kern die traditionelle „Radikale Bürgerunion“ (UCR) sowie deren Alliierte Elisa „Lilita“ Carrió und andere. Als echte Oppositionspartei bemühen sich zahlreiche Politiker, die sich als Anhänger des verstorbenen volkstümlichen Generals Juan Domingo Perón verstehen, um die Bildung einer Partei, die alle gleichgesinnten Politiker umfassen soll. Bisher ist ihnen das nicht gelungen, wiewohl die Partei mehr eingeschriebene Mitglieder aufweist als alle anderen Parteien zusammen, wobei Expräsidentin Cristina Kirchner inzwischen eine eigene Partei gegründet und in der Folge die peronistische Opposition gespalten hat. Bei den für 2019 vorgesehenen allgemeinen Wahlen wird sich zeigen, ob das traditionelle Zweiparteiensystem in Argentinien echt funktioniert.

Manchmal ist es nicht ratsam, die Wahrheit zu sagen. Nein, lügen muss man deshalb nicht, sondern diplomatisch schweigen. Der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger ist mal wieder ins Fettöpfchen getreten, der notorische Dampfplauderer lässt kaum eines aus. Er hat die Reaktion der Finanzmärkte im Falle eines Erfolgs der Populisten bei eventuellen

Neuwahlen in Italien beschrieben. Dies sei „für die Wähler doch ein mögliches Signal“, nicht populistisch zu wählen, sinnierte der Schwabe. Das ist offene Wahlhilfe für die italienischen Populisten. Zum einen sind die Finanzmärkte den Wählern reichlich egal, zum anderen kommt der ungebetene Rat von einem Deutschen. Die Populisten sind auch deshalb so erfolgreich, weil sie nicht Italien, sondern den deutschen Sparzwang für die Misere verantwortlich machen.

Wenn's nicht zum heulen wäre, müsste man sich totlachen. Am Montag hat Syrien den Vorsitz der UN-Abrüstungskonferenz in Genf übernommen. Ausgerechnet das Bürgerkriegsland, das Massenvernichtungswaffen gegen Regimegegner einsetzt. Aber dieser Wahnsinn hat Methode. Im 47 Mitglieder umfassenden UN-Menschenrechtsrat etwa sitzen Staaten wie China, Saudi-Arabien, Pakistan, die Philippinen, Kuba oder Venezuela - Staaten, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Das lässt schon am Sinn solcher UN-Organisationen zweifeln. Dass Syrien die Abrüstungskonferenz leitet, liegt jenseits der Vorstellungskraft. Das sei, als würde ein Serienvergewaltiger zum Chef in einem Frauenhaus gemacht, schreibt die Organisation UN Watch treffend.

Die neue Kontrolle der Rindfleischwirtschaft

Ein großer Teil der Rinder wurde bisher von den Schlachthöfen schwarz geschlachtet, so dass weder die MwSt., noch die Gewinnsteuer, noch die provinzielle Bruttoumsatzsteuer gezahlt wurde. Das betraf vornehmlich die Schlachthöfe, die nur für den Binnenmarkt tätig sind, weil die für den Export zugelassenen Schlachthöfe einer Sanitätskontrolle ausgesetzt sind, die beiläufig auch schwarze Geschäfte behindert. Diese "schwarzen Schlachtungen", die bisher den größten Teil der gesamten Schlachtungen ausmachten, führten dann dazu, dass auch die Rinderzüchter einen Teil ihres Rinderbestandes nicht meldeten und die Rinder schwarz verkauften. Die Rinderhändler (benannt "matarifes"), die als Grossisten auf dem Rindfleischmarkt auftreten, bewegten sich auch weitgehend im schwarzen Bereich, und die Metzger auch. Das erlaubt dann vielen Metzgern das Fleisch billiger als die großen Supermärkte zu verkaufen, die sich keine Hinterziehung erlauben können.

Das ganze System war nicht nur vom steuerlichen Standpunkt ein Loch im System, sondern es führte auch zu einem unlauteren Wettbewerb, und erlaubte den Exportschlachthöfen faktisch nicht, auch auf dem Binnenmarkt zu verkaufen, weil sie nicht mit den Schlachthöfen konkurrieren konnten, die Steuern hinterzogen. Wenn der Fleischexport zurückging, konnten die Exportschlachthöfe dies nicht durch Verkäufe auf dem Binnenmarkt ausgleichen, wie es in anderen Ländern üblich ist.

Schon 1998, unter Felipe Solá als Landwirtschaftssekretär, wurde eine Initiative eingeleitet, um eine effektive Kontrolle einzuführen, die damals privat sein sollte. Ein Privatunternehmen sollte die Kontrollsysteme in den Schlachthöfen einrichten und die Schlachtungen kontrollieren, und die Daten dann an die AFIP übertragen. Das wurde schließlich nicht vollzogen, weil die Lobby der Hinterzieher sehr wirksam war.

Erst die Macri-Regierung hat das Problem in Angriff genommen. In fast allen Schlachthöfen wurden schon Apparate für eine elektronische Kontrolle eingerichtet (benannt "cajas negras"), die Rinder zählen, sie wiegen und dann auch die Leibe wiegen. Insgesamt wurden schon 300 Anlagen in Betrieb genommen, und es fehlen angeblich noch weitere 40. Das Landwirtschaftsministerium teilt jetzt mit, dass 97% der Schlachtungen schon kontrol-

liert werden. Das ist ein phänomenaler Erfolg. Ab 1. Juli wird den Schlachthöfen, die diese Anlagen nicht haben, verboten zu schlachten. Das muss dann auch mit Härte vollzogen werden, was nicht einfach ist, und Mitwirkung der Polizei erfordert.

Gleichzeitig wird ein zentrales Informatiksystem bei der AFIP eingerichtet, das die Information speichert, die die Schlachthöfe übertragen, wobei auch Filmkameras bei den Schlachthöfen eingerichtet werden, die direkt mit der Zentrale verbunden sind.

Im März 2018 wurde schon verfügt, dass eine Anzahlung auf die Mehrwertsteuer erfolgen muss, damit eine Schlachtung genehmigt wird. Das wird jedoch erst jetzt richtig kontrolliert.

Die Landwirte, die die Rinder verkaufen, müssen in ein Register eingetragen sein; sonst müssen sie mehr zahlen, was von den Zahlungen abgezogen wird, die sie erhalten. Die Zahl der eingetragenen Landwirte ist daraufhin schon von 13.000 auf über 80.000 gestiegen, was immer noch wenig ist. Die Einnahmen der MwSt. haben sich mit dem neuen System schon verdreifacht und die Beiträge für die ANSeS sind um ca. 30% gestiegen. Hinzu kommt dann noch die direkte Wirkung auf die Gewinnsteuer und die provinzielle Bruttoumsatzsteuer, und nicht zuletzt auch auf Steuer auf persönliches Vermögen. Die Landwirte und alle anderen, die am Fleischhandel beteiligt sind, die die Gelegenheit der Weißwaschung nicht benutzt haben, die ihnen letztes Jahr geboten wurde, werden Probleme mit der AFIP haben, die sie hohe Beträge an Zinsen und Bussen kosten wird.

Wenn man davon ausgeht, dass im Jahr 12 Mio. Rinder geschlachtet werden, von denen bisher schätzungsweise 7 Mio. schwarz gehandelt wurden, dann ergibt sich ein Betrag von mehreren Milliarden Pesos an zusätzlichen Steuereinnahmen, die auf Landwirte, Händler ("matarifes"), Schlachthäuser und Metzger entfallen. Es handelt sich um den bedeutendsten Einzelfortschritt bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, der bisher stattgefunden hat. Dies muss jetzt auch durchgehalten werden, was nicht einfach ist, weil es hier um viel Geld und auch um Politik geht.

Argentinien

Der Dollarkurs schloss am Mittwoch zu \$ 25,49, gegen \$ 25,02 eine Woche zuvor. Doch die Banco Nación musste Devisen verkaufen, um den Kurs zu halten. Allein am Mittwoch waren es ca. u\$ 500 Mio. Das ist bei einem Gesamtumsatz von knapp über u\$ 1 Mrd. und noch etwas mehr auf dem Terminmarkt sehr viel. In anderthalb Monaten hat die ZB Reserven in Höhe von ca. u\$ 10 Mrd. verloren. Die ZB-Reserven lagen am Mittwoch bei u\$ 50,59 Mrd., gegen u\$ 53,59 Mrd. in der Vorwoche. Der Rofex-Terminkurs lag zum 30.4.19 bei \$ 31,90, was einen Jahreszinssatz von 30,96% zum Ausdruck bringt.

Die Staatstitel weisen in einer Woche zum Mittwoch eine betonte Baisse aus. Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt: Argentina 2019: -0,20%; Argentina 2021: -0,97%; Argentina 2026: -2%; Argentina 2046: -3,28%; Bonar 2024: -0,96%.

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) am Mittwoch bei 18 Karat zu \$ 609,89 pro Gramm gehandelt (Vorwoche: \$ 593,04), und bei 24 Karat zu \$ 987,40 (\$ 960,44).

Die Geldmenge, gemessen als monetäre Basis (Banknoten im Umlauf plus Bankdepositen bei der ZB) stieg in 12 Monaten zum 28.5.18 um 30,71%, und das monetäre Aggregat M2 (Banknoten im Umlauf plus Giro- und Spardepositen), das sich auf Zahlungsmittel im weiteren Sinn bezieht, nahm um 33,68% zu.

Die gesamten Bankdepositen in Pesos stiegen in 12 Monaten zum 28.5.18 um 35,49% auf \$ 2,32 Bio. , und die gesamten Pesokredite nahmen um 48,77% auf \$ 1,59 Bio. zu. Die Dollardepositen stiegen in der gleichen Periode um 11,07% auf \$ 30 Mrd., und die Dollarkredite nahmen um 37,33% auf u\$ 16,52 Mrd. zu.

Gemäss der Berechnung des Schatzministeriums würde die rückwirkende Einfrierung der Tarife für elektrischen Strom, Gas und Wasser, die der Kongress per Gesetz (das von Präsident Macri mit einem Veto ausser Kraft gesetzt wurde) verfügt hat, insgesamt \$ 115 Mrd. kosten, von denen \$ 35 Mrd. auf Gas, \$ 75 Mrd. auf Strom und \$ 5 Mrd. auf Wasser entfallen.

Am Mittwoch wurde die Bilanz von Aerolineas Argentinas für 2017 vom Vorstand genehmigt, zum ersten Mal in 21 Jahren innerhalb des gesetzlichen Termins.

Die Subvention, die das Unternehmen vom Schatzamt erhielt, erreichte umgerechnet u\$ 183 Mio., was sich mit u\$ 302 Mio. 2016, u\$ 553 Mio. 2015 und höheren Beträgen in den Vorjahren vergleicht, mit einem Maximalbetrag von u\$ 899 Mio. im Jahr 2012. Für 2018 ist eine Subvention von nur u\$ 82 Mio. vorgesehen. AA weist eine finanzielle Verschuldung von u\$ 600 Mio. auf, die dem Verkauf von Passagen in zweieinhalb Monaten entspricht. Hinzu kommt noch die Schuld bei den mit Leasing-Krediten gekauften Flugzeugen. Der Umsatz von AA, einschliesslich der Tochtergesellschaft Austral, erreichte 2017 \$ 36 Mrd. (was u\$ 2,27 Mrd. entspricht).

Die nationale Kommission für den Konkurrenzschutz, geleitet von Esteban Greco, hat dem Transportministerium den geforderten Bericht über die Fernomnibusse erstattet. In diesem Bereich sind 118 Unternehmen tätig, von denen 79 nur 15 Konzernen gehören. Sieben Betreiber konzentrieren 75% der Omnibusse. Es sind Flechabus (40%), Plusmar (9%), Andesmar (9%), Via (8%), Crucero (4%), Plaza (4%) und Cata /2%). Bei tausend Strecken, die als Muster erhoben wurden, besteht in 25% der Fälle nur ein Betreiber, in 21% zwei, und in 20% drei. Diese Unternehmen erhielten 2015 eine Subvention von \$ 1,8 Mrd., die dann schrittweise abgeschafft wurde. Das haben die Unternehmen durch höhere Effizienz ausgegli-

chen, in einigen Fällen durch geringere Frequenzen. Die Omnibusdienste, die kleine Dörfer bedienen und wenig Passagiere haben, erhalten weiter einen verbilligten Diesellohpreis.

Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat den Angestellten der Provinzverwaltung ein System des freiwilligen Rücktrittes mit Entschädigung angeboten.

Es gilt für Beamte mit über 2 und nicht über 24 Jahren Tätigkeit, mit Ausnahme von Polizisten und Angestellten bei Gefängnissen. Die Entschädigung besteht in einer Anfangszahlung, der dann monatliche Zahlungen auf eine befristete Zeit folgen.

Der Omnibustarif steigt am 1. Juni auf \$ 10. Zu diesem Zeitpunkt werden die städtischen Omnibusse Kosten von \$ 69,40 pro Kilometer aufweisen, aber durchschnittlich nur \$ 25,49 einnehmen, so dass der Staat eine Subvention von \$ 44 (gleich 63,40% der Kosten) bezahlt, teilt das Verkehrsministerium mit. Es ist wichtig, dass bei Tarifierhöhungen immer die Subvention erwähnt wird, die schließlich die Staatsfinanzen belastet und zum größten Teil mit Steuern finanziert wird. Im Februar wurde der Tarif für die Mindeststrecke von \$ 6 auf \$ 8 und danach auf \$ 9 erhöht.

Die Weltorganisation für tierische Gesundheit hat Argentinien frei von der klassischen Schweinepest erklärt. Das bedeutet die Zulassung von argentinischen Schweinefleisch in allen Ländern.

Die katholische Universität, die ein Institut für Sozialforschung hat, hat ermittelt, dass die Arbeitslosigkeit Ende 2017 bei 9,8% der aktiven Bevölkerung lag (Vorjahr: 9,9%), also mehr, als es gemäß der offiziellen Statistik sind. Hinzu kommen noch 18,5% (18%) unterbeschäftigte oder nicht stabil beschäftigte, und 27,8% (30,7%) Beschäftigte mit niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen, die als prekär eingestuft werden. Somit verbleiben nur 43,9% (Vorjahr: 41,4%) als Vollbe-

schäftigte mit einem normalen Lohn.

Die Weltbank hat Argentinien einen neuen Kredit für u\$s 150 Mio. gewährt, der für die Einführung von Technologien bestimmt ist, die zur Milderung der Wirkung von Dürren und Überschwemmungen beitragen.

Der Satz des Exportzoll für Biodieselöl wird ab 1. Juli von 8% auf 15% erhöht. Bis Ende 2017 gab es auf dieses Produkt keinen Exportzoll. Mit dem neuen Exportzoll wird die Differenz zum Exportzoll für Sojaöl (mit das Biodieselöl hergestellt wird), von 24,5%, verringert. Diese Differenz wurde von den US-Behörden als Subvention angesehen, so dass angeblich Dumping bestand, und dies einen Ausgleichszoll in den USA von 65% rechtfertigte, um dessen Abschaffung sich die argentinische Regierung bemüht.

Das Steueramt der Provinz Buenos Aires, ARBA, schreitet in der Kontrolle des Rindfleischhandels bezüglich der Steuer auf den Bruttoumsatz fort. Jetzt werden um die tausend Metzger kontrolliert, die nicht eingetragen sind, von denen 775 auf die Vororte der Stadt Buenos Aires und der Rest auf das weitere Gebiet der Provinz entfallen. Diese Kontrolle geht mit der des nationalen Steueramtes einher, das von der AFIP abhängt, die letztes Jahr begonnen hat, die Schlachthöfe und den ganzen Handel mit Rindern und Fleisch einer neuen Kontrollmethode zu unterziehen. Die Hinterziehung war in diesem Bereich traditionell anormal hoch.

Durch Beschluss 316/18 des Handelssekretariates wurde bestimmt, dass die Unternehmen, die Dienste auf den Gebieten der Telefonie, des Internets und satellitäres Fernsehen bieten, dem Wunsche eines Kunden, auf den Dienst zu verzichten, binnen 60 Tagen stattgeben müssen. Dies ist bisher sehr kompliziert. In Zukunft soll ein Click auf einem besonderen Platz der Internetseite des Unternehmens genügen, das den Dienst bietet. Dies fördert die Konkurrenz unter den Unternehmen, die diese

Dienste bieten, weil der Übergang von einem Dienstleister auf einen anderen (besonders von Telefónica und Telecom auf den billigeren Telecentro) nicht mehr erschwert wird.

Präsident Macri macht sich Sorgen über die Tatsache, dass der Stromkonsum der Haushalte trotz Tarifierhöhung weiter stark steigt. Schon mehrmals hat er betont, dass die Luftkühlgeräte auf 24 statt 18 Grad eingestellt werden sollten, weil dabei der Stromkonsum viel geringer ist. Jetzt hat er den Einsatz von LED-Lampen befürwortet, die 80% weniger als die traditionellen Glühlampen verbrauchen, und auch weniger als die Neonlampen, und außerdem 15 Mal so lange wie Glühlampen dauern. Der Stromkonsum der Haushalte lag im April 2018 gemäß CAMMESA, das Staatsunternehmen, das den Grossistenmarkt für Strom betreibt, um 8% über dem gleichen Vorjahresmonat. Das erklärt sich allerdings dadurch, dass April 2018 der wärmste Aprilmonat der letzten 60 Jahre war, mit einer Durchschnittstemperatur von 22,1 Grad, die sich mit einem historischen Durchschnitt von 17,8 Grad vergleicht.

Die Regierung hat ein Programm zur Förderung der LED-Lampen in Gang gesetzt, das "Cambiá el foco" getauft wurde und darin besteht, dass diese Lichtgeräte auch mit Ratenzahlung über Kreditkarten gekauft werden können, innerhalb des Programms "Ahora 12". Außerdem wurde mit der Firma Philips, die die LED-Lampen liefert, vereinbart, dass sie in den Supermärkten angeboten werden, und zwar innerhalb des Systems der "gepflegten Preise".

Die AFIP hat durch Beschluss 4249 (Amtsblatt vom 28.5.18) die Aufwertung von Aktiven für steuerliche Zwecke reglementiert, die in der jüngsten Steuerreform enthalten ist. Zunächst müssen sich die Interessenten bei der Webseite der AFIP eintragen (Mit Sicherheitsniveau von mindestens 2). Dies kann für die Unternehmen, die ihre Bilanzen am 31.12.17 abgeschlossen haben, bis zum 28. August erfolgen. Die Aufwertung ist optativ, und

erhöht dann den Betrag der Abschreibungen, so dass der versteuerbare Gewinn geringer wird. Auf den Aufwertungsbetrag muss eine Sondersteuer bezahlt werden, von 15% bei Immobilien, die zum Umlaufvermögen gehören und 8% für eigene Immobilien, 5% bei Aktien und Beteiligungen an G.m.b.Hs. und 10% bei anderen Aktiven. Güter, die bei der letzten Weißwaschung in die Steuererklärung aufgenommen wurden, können nicht aufgewertet werden.

Der Verkauf von Erdölprodukten lag mengenmäßig im 1. Quartal 2018 um 9% über dem Vorjahr, berichtet das INDEC. Es gab bedeutende Zunahmen bei Benzin, Heizöl, und Pressgas, aber Abnahmen bei Dieselöl und Kerosin.

Die Regierung hat den Staatsangestellten in der ersten Verhandlungsrunde mit den Gewerkschaften, die im Arbeitsministerium stattfand, eine Gehaltserhöhung von 12% angeboten, die in drei monatlichen Stufen von je 4% gezahlt wird. Dies gilt für Gehälter bis zu \$ 30.000. Für Gehälter von \$ 30.000 bis \$ 100.000 bietet die Regierung nur eine feste Zulage von \$ 4,500. Für Gehälter über \$ 100.000 wird überhaupt keine Erhöhung geboten. Dies betrifft besonders Minister, Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre. Die Gewerkschaften haben den Vorschlag abgelehnt. Die ATE-Gewerkschaft forderte 25%, plus einen Betrag von \$ 5.000 für die nicht gezahlte Inflationszulage ("cláusula gatillo") des Jahres 2017. Der Regierungsvorschlag enthält keine Revisionsklausel, wie sie bei anderen Abkommen enthalten ist, die mit 15% abgeschlossen wurden. Der Vorschlag der Regierung, der von Schatzminister Dujovne stammt, zeugt von einer Verhärtung der Regierung. Auch wenn es schließlich 15% oder sogar etwas mehr werden, wird die Zunahme weit unter der der Inflation und der Steuereinnahmen liegen, was sehr stark zur Verringerung des Defizits beiträgt, die Minister Dujovne ernst genommen hat.

Die Gewerkschaft der Lastwagenfahrer, geleitet von Hugo Moyano und seinem Sohn Pablo, hat eine Lohn-

zulage von 27% gefordert und unterschwellig mit einem Streik gedroht. Auf die Frage, ob er, Hugo Moyano, im Fall einer Weigerung einen Streik wie in Brasilien anordnen werde, antwortete er, die Unternehmer würden bestimmt zustimmen. Hugo Moyano hat mehrere böse Prozesse wegen Veruntreuung von Geldern der Gewerkschaft und auch wegen krummen Geschäften beim Fußballklub Independiente, dem er vorsitzt. Seine Stellung ist jetzt nicht mehr so stark, als dass er sich einen Streik erlauben könnte.

Kabinettschef Marcos Peña und der Staatssekretär für strategische Angelegenheiten, Fulvio Pompeo, kehrten am Montag aus Kuba zurück, wo sie mit Regierungsvertretern über die Möglichkeiten der Erweiterung des bilateralen Handels, und von argentinischen Investi-

tionen auf dem Gebiet der Landwirtschaft sprachen. Ebenfalls wurde das Thema der alten Schuld von Kuba an Argentinien vorgebracht, die mit Zinsen weit über u\$ 2 Mrd. liegt und aus nicht bezahlten Lieferungen von Automobilen u.a. Gütern stammt, die 1973 und 1974 unter der Regierung von Cámpora im Zeichen der Annäherung an das Castro-Regime vollzogen wurden.

Die Frist für die Einreichung der eidesstattlichen Erklärungen und Zahlung der Gewinnsteuer bei natürlichen Personen, und auch der Steuer auf persönliche Güter, wurde um einen Monat hinausgeschoben und auf den 11., bzw. 13 Juli, verlegt.

Lateinamerika

In Brasilien hat der seit über 10 Tagen andauernde totale Lastwagenstreik die Wirtschaft lahmgelegt. Die Tankstellen haben keinen Treibstoff, den Supermärkten fehlen immer mehr Waren, ebenso wie den Apotheken und Hospitälern. Allgemein können sich die Industrieunternehmen ihre Rohstoffe und Halbfabrikate nicht beschaffen, was viele gezwungen hat, die Produktion einzustellen. Es ist eine große Katastrophe, die dem Land Wohlstand und Wachstum kostet. Der Konflikt betrifft auch argentinische Kfz-Fabriken, die die Zubehörteile nicht erhalten, die sie aus Brasilien beziehen. Ebenfalls ist der bilaterale Kfz-Handel gebremst. Es wird davon ausgegangen, dass der Streik unmittelbar aufgehoben wird.

Die Aktien der brasilianischen Petrobras gingen an der Börse von Sao Paulo am Montag um 14,6% zurück, und weisen somit in 15 Tagen einen Kursverlust von 33% auf. Die Baisse vom Montag hängt mit der Ankündigung von Präsident Temer zusammen, dass der Preis für Dieselöl verringert wird. Das war eine Konzession an die streikenden Lastwagenfahrer. Indessen ist Petrobras auch vom großen Korruptionsskandal und der diesbezüglichen

Untersuchung ("lava jato") betroffen.

In Mexiko wird die Aussicht, dass der Linksnationalist Andrés Manuel Lopez Obrador zum Präsidenten gewählt wird, als eine Gefahr für die privaten Erdölfirmen betrachtet, die seit der Liberalisierung über u\$ 4 Mrd. in Forschung und Förderung investiert haben.

Es handelt sich um British Petroleum, Exxon Mobil und Total, wobei Shell u.a. im Juni einen Vertrag unterzeichnen sollen, um Erdöl in tiefen Meeresgewässern auszubeuten. Die vorgesehene Energieministerin Rocio Nahle erklärte in einer Twiternachricht, dass am 1. Juli 2018 die Ausbeutung von Mexiko (durch private Erdölgesellschaften) aufhören werde. Sie forderte eine höhere Staatsbeteiligung an den Unternehmen. Doch ein Spitzenberater von Lopez Obrador, Gerardo Esquivel, beruhigte die Gemüter mit dem Hinweis auf die Weiterführung von Forschung und Förderung in tiefen Gewässern durch diese Unternehmen, aber eine Einschränkung in Küstengewässern.

Geschäftsnachrichten

AYSA

Der italienische Außenminister Angelino Alfano besuchte anlässlich seines Argentinien-Aufenthaltes beim Treffen der G-20 die Arbeiten, die das staatliche Wasserversorgungs- und Entsorgungsunternehmen AYSA am System des Riachuelo-Flusses durchführt. Begleitet wurde er vom italienischen Botschafter in Argentinien, Guisepppe Manzo, und von Pablo Bereciartúa, Staatssekretär für hydraulische Infrastruktur, José Luis Inglese, Präsident von AYSA, Cora Anderson, Investitionsdirektorin von AYSA und Marcela Alvarez, die mit dem Riachuelo-Projekt beauftragte Chefingenieurin.

Die Besucher stiegen in den Tunnel herab, der gegenwärtig gebaut wird, 12 km lang sein wird und 40 Meter unter dem Río de la Plata führt. Das System Matanza-Riachuelo ist dazu bestimmt, den Fluss zu sanieren, indem die Abwässer der Gegend vom neuen Tunnel aufgenommen werden, statt in den Fluss entladen zu werden. Außerdem wird die Reinigungsanlage in Berazategui dadurch erleichtert, wobei auch 1,5 Mio. Personen mit Abwassersystemen ausgestattet werden.

Die Arbeiten bestehen aus drei Blocks. Nr. 1 bezieht sich auf den Sammeltunnel am linken Ufer; Nr. 2 sieht den Bau einer Behandlungsanlage in Dock Sur (beim Río de la Plata), mit den entsprechenden Hebeanlagen vor, und Nr. 3 sieht einen Tunnel für das behandelte Wasser vor, der im Río de la Plata endet.

Diese große Anlage begünstigt 4,3 Mio. Personen, die gegenwärtig von den schmutzigen und verseuchten Gewässern des Riachuelo betroffen werden, und auch diejenigen, die in der Gegend wohnen und keine Abwasseranlage haben. Dieses Projekt wurde schon von mehreren Regierungen versprochen, aber bisher nicht durchgeführt, wobei jedoch Studien angefertigt wurden, die jetzt auch verwendet werden.

Grupo Supervielle

Dieser Konzern, der die lokale Bank Supervielle betreibt,

die von der gleichnamigen Familie kontrolliert wird, hat die Börsengesellschaft InvertirOnline für u\$s 38,5 Mio. gekauft. Dieses Unternehmen ist führend auf dem Gebiet der Börsengeschäfte, bietet finanzielle Beratungsdienste und verwaltet private Sparmittel. Der Gründer und bisheriger Kontrollaktionär von InvertirOnline ist der Unternehmer aus Tucumán Facundo Garretón, der jetzt Deputierter für Cambiemos ist.

Mit diesem Kauf erweitert der Konzern seine Tätigkeiten, die sich bisher auf die Bank, den Investmentfonds "Supervielle Asset Management, die Finanzgesellschaft Cordial, die Versicherungsgesellschaft Supervielle Seguros und MILA, die Finanzierungsgesellschaft für Kfz, erstreckt. Die Konzernleitung erwartet mit dem neuen Kauf weitere Synergieeffekte.

Oil Combustibles

Vier Unternehmen und auch die Arbeitsgesellschaft der Angestellten haben eine monatliche Miete von u\$s 2 bis u\$s 3 Mio. für die Betreibung des Unternehmens (hauptsächlich der Raffinerie in San Lorenzo, Provinz Santa Fé) angeboten, bis das Unternehmen verkauft wird. Es handelt sich um die französisch-niederländische Trafigura, die niederländische Vitol, die russische Lukoil und YPF. Handelsrichter Javier Cosentino, der für das Konkursverfahren der Firma verantwortlich ist, hat von den gerichtlich ernannten Verwaltern gefordert, dass sie ihm Empfehlungen unterbreiten. Die Offerten sind in ihren Einzelheiten unterschiedlich, zeugen jedoch vom Interesse am Kauf der Firma, an erster Stelle der Raffinerie.

Pampa Energía

Dieses Energieunternehmen, kontrolliert von Marcelo Mindlin, hat sich gegenüber der Provinzregierung von Neuquén verpflichtet, u\$s 207 Mio. für Erdöl- und Gasforschung- und Förderung im Gebiet von Tacanas

Norte, im Bereich von Vaca Muerta, zu investieren, Die provinzeigene Firma Gas y Petroleo de Neuquén hat einen Anteil von 10% am Projekt, trägt aber kein Kapital bei. Pampa Energía hat unlängst Aktiven verkauft, wie die Tankstellen von Petrobras, um Mittel für diese neue Tätigkeit zu erhalten.

Cervecería y Maltería Quilmes

Diese führende Bierbrauerei hat ihr Investitionsprogramm erweitert. Der Geschäftsführer der Firma, Pablo Panizza, erklärte, dass das vor zwei Jahren angekündigte Investitionsprogramm von u\$s 1,7 Mrd. bis 2020 jetzt auf u\$s 2 Mrd. erweitert worden sei. Etwa die Hälfte des Investitionsprogramms ist schon vollzogen. Abgesehen von der Erweiterung und Modernisierung der Brauereien hat Quilmes jetzt u\$s 300 Mio. aufgewendet, um die Marke Budweiser zu übernehmen, deren lokale Lizenz bisher der chilenischen CCU gehörte. Panizza wies darauf hin, dass der Bierkonsum bis 2016 jährlich um 1% bis 1,5% abgenommen hatte, aber 2017 um 10% zugenommen habe, was im 1. Quartal 2018 weiterging.

Facebook

Dieses US-Unternehmen hat jetzt auch in Argentinien ein Büro für die Anwendung der technologischen Möglichkeiten ("innovation Lab"), die die Firma bietet, und auch für die Gründung neuer Unternehmen auf dem Informatikgebiet ("startups") eingerichtet. Es wurde im Stadtteil Palermo, in Verbindung mit der schon bestehenden "La Maquinita" eingerichtet. Facebook wird hier Beratung, unentgeltliche Ausbildung, und selbstverständlich die Integrierung in ihr weltweites Netz bieten. Vorher hat sich die Firma schon in Frankreich, Korea, Großbritannien u.a. Ländern niedergelassen. Bei der Einweihung der lokalen Filiale war der regionale Direktor, Joao Aldao, anwesend, der auf die starke Präsenz Argentiniens auf dem Informatik-Gebiet hinwies. Vier der zehn lateinamerikanischen Unternehmen dieses Bereiches, die einen Wert von über einer Milliarde Dollar haben, seien argentinisch.

Tecnoperfiles

Dieses lokale Unternehmen, das Profile aus PVC erzeugt, hat eine Investition von \$ 60 Mio. angekündigt, die für eine neue Strangpresse ("linea de extrusión") bestimmt, die von einer deutschen Firma geliefert wird. Außerdem werden die Matrizen mit der letzten österreichischen Technologie erneuert. Danach ist eine weitere Investition von \$ 30 Mio. vorgesehen, die für die Automatisierung des Vertriebszentrums bestimmt ist, der 3.000 qm besetzt. Tecnoperfiles beschäftigt 120 Personen und erreichte 2017 einen Umsatz von \$ 400 Mio.

Glucovil

Der führende US-Getreidehändler Cargill hat seine Beteiligung am Unternehmen Glucovil, das in San Luis eine Fabrik für Fruchtzucker betreibt, der mit Mais erzeugt wird, von 30% auf 70% erhöht, und dabei auch eine Option erhalten, die restlichen 30% zu kaufen. Glucovil war von der großen Zuckerfirma Ledesma (kontrolliert von der Familie Blaquier), mit Fabrik und Pflanzungen in Jujuy, Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts innerhalb des Systems der Industrieförderung errichtet worden. 2008 nahm Ledesma dann Cargill als Partner auf. Für das zusätzliche Aktienpaket von 40% zahlte Cargill jetzt u\$s 79,5 Mio.

Tecpetrol

Dieses Erdölunternehmen des Techint-Konzerns, das einen Anteil von 6% an der landesweiten Gasförderung hat, hat letzte Woche eine Gasleitung von 58 km und einer Transportkapazität von 18 Mio. cbm. Gas pro Tag im Gebiet von Vaca Muerta, Provinz Neuquén, eingeweiht. Der Präsident der Firma, Carlos Ormachea, erklärte, Tecpetrol beschleunige ihr Investitionsprogramm, um die Gasförderung von 7 Mio. cbm. pro Tag im 2. Quartal 2019 auf 15 Mio. cbm. zu erhöhen. Für eine Periode von zwei Jahren ab März 2017 wurden Investitionen in Höhe von u\$s 2,3 Mrd. vorgesehen, von denen u\$s 1,1 Mrd. schon effektiv investiert wurden.

Das kritische Zahlungsbilanzproblem

Von Juan E. Alemann

Die Regierung hat eine drastische Verringerung des primären Defizits (ohne Zinsen auf die Staatsschuld) in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik gestellt und Schatzminister Nicolás Dujovne mit dieser Aufgabe beauftragt, der jetzt auch anderen Ministern Sparmaßnahmen aufzwingen kann. Das ist in Ordnung, auch wenn wichtige Grundentscheidungen noch fehlen, wie die Einfrierung der freiwerdenden Stellen in der Staatsverwaltung (auch in Provinzen und Gemeinden), die Schließung des Kohlenbergwerkes von Rio Turbio und die sofortige Einstellung des Baus der U-Bahn unter der Sarmiento-Bahn. Wichtig ist jetzt in dieser Hinsicht, dass die Gehaltserhöhungen bei Beamten dieses Jahr auf 12% beschränkt werden (Dujovne dixit). Auch wenn es schließlich etwas mehr sind, wird es viel weniger als die Inflation sein und somit eine reale Ersparnis bedeuten, und gleichzeitig einen Ansporn für Staatsangestellte schaffen, sich um Arbeit im privaten Bereich zu bemühen, weil die staatlichen Gehälter dann nicht mehr so interessant sind. Doch Dujovne vermittelt den Eindruck, dass es ihm mehr um die Gesamtziele als um einzelne Maßnahmen geht. Die Zahlen des Plansolls sind unglaublich, solange sie nicht von konkreten Maßnahmen untermauert werden. Und als erstes muss erreicht werden, dass die Ausgabensenkung nicht nur auf dem Papier steht, sondern nicht angezweifelt wird, damit sich die Finanzwelt, und auch Unternehmer im allgemeinen, in diesem Sinn verhalten.

Wenn es schließlich gelingt, das Defizit stark zu verringern, dann nimmt auch der Bedarf an finanziellen Mitteln für dessen Deckung ab. Der Betrag der Staatspapiere, die auf dem internationalen Finanzmarkt untergebracht werden, müsste dabei spürbar abnehmen. Hinzu kommt noch, dass sich Finanzminister Luis Caputo bemüht, mehr Staatstitel auf dem lokalen Markt aufzunehmen, wobei

hier noch ein großer Spielraum besteht, sofern man es richtig macht, wie wir es an dieser Stelle mehrmals dargestellt haben.

Mit den finanziellen Mitteln, die der Staat im Ausland aufnimmt, wird gleichzeitig der Fehlbetrag der Leistungsbilanz und auch die Kapitalflucht gedeckt. Angenommen, der Staat nimmt jetzt nur die Hälfte wie 2017 im Ausland auf, und es wird nichts auf dem Gebiet der Zahlungsbilanz getan, dann fehlt bei dieser ein entsprechender Betrag, der über u\$ 20 Mrd. ausmachen kann, was ein gigantisches Problem aufwirft. Es fällt auf, dass dies von der Regierung völlig ignoriert wird.

Wenn nichts unternommen wird, um das Ungleichgewicht rechtzeitig drastisch zu verringern, dann löst der Finanzmarkt das Problem über eine Megaabwertung, die zu einer phänomenalen Rezession und einem gefährlichen Inflationssprung führt. Um das zu vermeiden, muss eine spezielle Strategie für diesen Zweck in Gang gesetzt werden. Es geht darum, bei der Zahlungsbilanz einen Betrag in einer Größenordnung von über u\$ 20 Mrd. zu sparen, von dem u\$ 10 Mrd. auf das Handelsbilanzdefizit und der Rest auf Kapitalflucht und Auslandsreisen entfällt.

Halten wir fest, dass bei dieser Konstellation auf alle Fälle der Wechselkurs relativ hoch bleiben muss, was kurzfristig weitere Abwertungsrunden in Aussicht stellt. Dabei stellt sich die Frage der Exportzölle. Minister Dujovne soll schon vorgeschlagen haben, dass der Exportzoll auf Sojabohne nicht weiter verringert wird, und wieder einer (von 10%?) auf Mais und Weizen eingeführt wird. Macri scheint nicht davon überzeugt zu sein, so dass das Thema vorerst bei Seite gelassen wurde oder hinter verschlossenen Türen behandelt wird. Es handelt sich hier nicht nur um die Notwendigkeit höherer Staatseinnahmen, sondern

besonders um ein Problem der Einkommensverteilung und der Berücksichtigung der Struktur der argentinischen Wirtschaft. Erfahrungsgemäß erreicht die argentinische Wirtschaft einen Gleichgewichtszustand mit einem relativ hohen Wechselkurs, dessen negative Wirkung mit vernünftigen Exportzöllen teilweise ausgeglichen wird. Bei der nächsten Abwertung sollte dies eingeschlossen werden, was jetzt schon vorbereitet werden müsste.

Bezüglich der bestehenden Lage schlagen wir folgende Sofortmaßnahmen vor:

► Beim Fahrzeughandel mit Brasilien muss auf dem kompensierten Austausch bestanden werden, der viele Jahre gut funktioniert hat und in den letzten Jahren gelassen wurde, was bedeutet, dass in Werten gleichviel importiert wie exportiert wird. Importe, die darüber hinausgehen, müssen wie solche aus Drittländern behandelt, also mit dem Zollsatz von 35% belastet werden.

► Allgemein muss beim Import eine strenge Kontrolle der angegebenen Werte eingeführt werden. In vielen Fällen werden viel niedrigere Werte als die effektiven angegeben, so dass der Zollsatz dann, bezogen auf den wirklichen Wert, viel niedriger ist, und auch bei der MwSt. gespart wird, was dann auch erlaubt, einen Teil der Ware schwarz zu verkaufen. Die Kontrolle der Preise importierter Waren ist in vielen Fällen sehr schwierig, einmal, weil die Preise schwanken und ein und dasselbe Produkt oft sehr unterschiedliche Preise aufweist, dann aber auch, weil die Preise in vielen Fällen bei Qualitätsunterschieden sehr groß sind, und diese schwer zu bestimmen sind. Zollämter anderer Staaten, auch der USA, verpflichtet für diesen Zweck spezialisierte private Unternehmen. In Argentinien gab es von Ende 1997 bis 2001 eine private Kontrolle für Produkte, die als kritisch betrachtet wurden, die gut funktioniert hat. Dabei wurden Fälle aufgedeckt, in denen der angegebene Preis um die 10% des wirklichen lag. Eine gute Kontrolle dieser Preise verteuert die betroffenen Importprodukte, so dass dann weniger (oder gar nichts) importiert wird. Das Zollamt ist bei diesen Preiskontrollen überfordert, und ebenfalls lässt sich oft mit den zuständigen Beamten reden.

► Die einzelnen Zollsätze müssen auch untersucht werden. Argentinien hat sich gegenüber der Welthandelsorganisation zu einem Höchstsatz von 35% verpflichtet, der gewiss nicht niedrig ist, vor allem, wenn man berücksichtigt, dass importierte Waren noch mit Transportkosten belastet

sind. Doch bei vielen Produkten, die mit einem niedrigeren Satz importiert werden, sollte es eine Erhöhung geben.

► Abgesehen davon müssen in bestimmten Fällen Kontingente eingeführt werden. Das System der Einzelgenehmigung durch das Handelssekretariat, das Guillermo Moreno eingeführt hat (DJAI, declaración jurada anticipada de importación), besteht weiter, aber ohne die damalige Korruption, ist jedoch auch so irrational, weil schließlich nur Formfehler beanstandet werden. Man muss für bestimmte Waren, die auch im Land erzeugt werden, ein jährliches Gesamtkontingent festsetzen und es dann unter den Importeuren aufteilen, am besten durch öffentliche Ausschreibung, oder sonst im Verhältnis zu vorangehenden Importen oder zur lokaler Produktion des Importeurs. Dies muss dann bei der Welthandelsorganisation legalisiert werden, wobei Argentinien jetzt mit der Unterstützung der USA zählen kann, nachdem Präsident Trump auch in diese Richtung geht.

► Bei Dollarkäufen für Hortung und für Auslandsreisen muss es auch eine Beschränkung geben. Es gibt hier zwei Möglichkeiten: 1. Einen gespaltenen Devisenmarkt, so dass diese Devisenkäufe zu einem wesentlich höheren Kurs erfolgen; 2. Eine Sondersteuer auf diese Käufe.

Es gibt gewiss noch weitere Maßnahmen, die zur Lösung des Problems beitragen. Dass die Regierung sich allgemein um den Export bemüht, ist in Ordnung. Dabei sollte auch das Problem der Diskriminierung von verarbeiteten landwirtschaftlichen Rohstoffen gegenüber diesen behandelt werden, das besonders in der EU, aber auch in China, Japan u.a. Ländern besteht und von der Regierung völlig ignoriert wird. Der Mehrwert der Industrialisierung geht dabei vom Lieferanten auf den Käufer über. Es bestehen außerdem mehrere Möglichkeiten, Exporte durch Abkommen mit anderen Ländern, eventuell nur durch guten Willen der USA, der EU, China, Japan u.a. Staaten, zu erhöhen. Denn es bestehen noch viele Hindernisse, die abgeschafft werden sollten, nachdem Macri jetzt freundschaftliche Beziehungen zu allen unterhält. Doch auf alle Fälle ist es unmittelbar nicht möglich, das Problem des Ungleichgewichtes der Leistungsbilanz nur durch höhere Exporte zu lösen, wie es Präsident Macri unterschwellig darstellt.

Die perfekte Rezession

Von Juan E. Alemann

Ein Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit, als Rezession oder auch als Krise bezeichnet, kann jederzeit eintreten, ohne vorher Anzeichen seines Erscheinens gegeben zu haben, oder eben nur schwache, die so oder so interpretiert werden können. Schwankungen sind bei jeder Wirtschaft normal, und Rezessionen können dabei verschiedene Ursachen haben, die oft nicht beachtet wurden. Doch gelegentlich weisen die Umstände auf eine unvermeidliche tiefe Rezession hin. Und genau das ist gegenwärtig in Argentinien der Fall. Es ist ein perfektes Rezessionsszenarium, das der Präsident und seine für Wirtschaftspolitik verantwortlichen Beamten zur Kenntnis nehmen müssen, um zu sehen, wie sie dem Phänomen begegnen und die sozialen Auswirkungen mildern.

Als erstes geht es darum, dass das Realeinkommen der Bevölkerung allgemein, also sowohl bei Lohnempfängern wie bei Selbstständigen und Kleinunternehmern stark zurückgegangen ist und weiter zurückgeht. Das ist eine direkte Folge der Abwertung und des darauf folgenden Inflationssprunges, sowie der Tarifierhöhungen und der Zunahme des Preises für Benzin und Dieselöl, bei dem wegen der Zunahme auf dem Weltmarkt und der Abwertung eine Erhöhung von gut 40% noch aussteht, die zunächst nur hinausgeschoben wurde. All diese Zunahmen verringern nicht nur das Resteinkommen der Bevölkerung und somit auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im allgemeinen, sondern sie wirken sich hemmend auf den Produktionsprozess aus, weil sie oft Kostenerhöhungen verursachen, die die Unternehmen nur mit Schwierigkeiten abwälzen und auch nicht verkraften können.

Wenn die Verringerung des Reallohnes von den Gewerkschaften nicht hingenommen wird, und die Regierung nachgibt, dann besteht die Gefahr, dass es

zu Lohnerhöhungen kommt, die die Inflation noch mehr antreiben und das Problem verschärfen. Eine Hochinflation wirkt paralysierend auf die Wirtschaft, ganz besonders in einem Land wie Argentinien, bei dem sofort das Gespenst der Hyperinflation auftaucht. Die drei Hyperinflationswellen, die das Land ertragen hat, mit Höhepunkten jeweils im März 1976, 1989 und 1990, haben eine tiefe Wirkung auf das Verhalten der Bevölkerung hinterlassen.

Was die Konjunktur betrifft, so kommt noch die Wirkung der hohen Zinsen hinzu. Die Erhöhung des Referenzsatzes der ZB auf 40% hat eine allgemeine Wirkung auf die Zinsen, deren Erhöhung störend wirkt. Ohnehin sind schon die Zinsen auf den Wuchermarkt, also den Finanzanstalten und Wucherern, die nicht von der ZB kontrolliert werden, weiter gestiegen, wegen der Erwartung einer höheren Inflation. Diese Kredite, bei denen die Zinssätze bis zu 100% gehen, sind in Argentinien, wo das Bankensystem nur einen sehr geringen Betrag an Krediten für Unternehmen erteilt, sehr umfangreich. Wenn die Inflation diese Jahr um die 27% erreicht, wie es die privaten Ökonomen weitgehend annehmen, dann verbleibt ein hoher Realzins, der schwer zu verkraften ist.

In diesem Zusammenhang hat auch das sogenannte Landesrisiko (Differenz zwischen der Rendite argentinischer Staatstitel mit den Schatzscheinen der USA) einen Sprung gemacht, von unter 400 Basispunkten (also 4 Prozentpunkten) im April auf 450 bis 500 Basispunkte im Mai. Das bedeutet, dass auch die Kredite, die im Ausland aufgenommen werden, teurer geworden sind. Das betrifft zwar nur Großunternehmen, wirkt aber beiläufig auch rezessiv. Argentinien wird von der Bank

Morgan Stanley als "Grenzmarkt" (mercado de frontera) eingestuft, und hofft, unmittelbar auf "aufsteigenden Markt" (mercado emergente) klassifiziert zu werden. Das ist jedoch unter den gegenwärtigen Umständen fraglich.

Hinzu kommt noch die Furcht vor einer Zahlungsbilanzkrise, wie wir sie oben geschildert haben. Bei dieser Aussicht wird vorsichtig gewirtschaftet und Entscheidungen über Investitionen und neue Geschäfte werden hinausgeschoben. Niemand will von der Krise voll erwischt werden. Den letzten beißen die Hunde.

Zu all dem kommt jetzt noch hinzu, dass sich die Stimmung beim Volk geändert hat, mit viel weniger Zustimmung und mehr Kritik für Macri, so dass dessen Wiederwahl im Oktober 2019, die vor einigen Wochen noch als ziemlich sicher galt, jetzt in Frage gestellt wird. Die Gefahr, dass es wieder zu einer populistischen Regierung kommt, überschattet die Gegenwart und wirkt störend auf die Konjunktur. Dies paralyisiert viele Investitionsentscheidungen, vor allem die, die sich auf den Energiebereich beziehen. Gerade hier sind Investitionen in hohem Umfang notwendig.

In Brasilien hat Präsident Michel Temer eine harte Sanierungspolitik vollzogen, die auch eine Reform der Arbeitsgesetzgebung umfasst, die in Argentinien kaum denkbar wäre, obwohl sie genau so notwendig wie in Brasilien ist. Er stellt sich jedoch nicht bei der kommenden Wahl als Kandidat auf. Er unterstützt einen anderen Kandidaten, den ehemaligen Finanzminister Meirelles. Temer macht die schmutzige Arbeit, und wer danach kommt, profitiert davon. Mauricio Macri sollte sich überlegen, ob es für ihn und das Land nicht besser wäre, wenn er wie Temer vorgeht, und dabei die volle Verantwortung für eine Verhärtung des Sanierungskurses übernimmt, und die Wahlpolitik jemand anderem überlässt. Eventuell gelingt es ihm dabei als echter Staatsmann und Krisenmeister anerkannt zu werden, so dass er doch gewählt wird. Menem pflegte das Bibelzitat zu erwähnen, "Die Lauen verachtet Gott" ("A los tibios los vomita Dios"). Es wäre gut, wenn sich Macri darüber Gedanken macht.